



STADTRAT

Aktennummer
Sitzung vom
Ressort

1 - 302
18. Juni 2015
Sicherheit

13. Postulat Wingeyer (SVP) – Einführung einer Regionalpolizei

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

SVP (Ursula Wingeyer)

Eingereicht am: 20. November 2014

Weitere Unterschriften: sechs

P 186

Einführung einer Regionalpolizei überprüfen

„Anliegen“

Ich fordere den Gemeinderat dazu auf, zusammen mit den umliegenden Gemeinden eine Einführung (respektive Umstrukturierung) der Polizei zu einer Regionalpolizei zu überprüfen.

Begründung:

Der Gemeinderat zieht in seiner Antwort auf meine Interpellation "Kostenverhältnis der ehemaligen Nidauer Stadtpolizei und Police Bern" ein differenziertes Fazit der Neustrukturierung des Nidauer Polizeiwesens. Einerseits muss festgehalten werden, dass das neue System (entgegen allen früheren Behauptungen) nicht kostengünstiger ist. Die Gesamtkosten belaufen sich, sowohl vor wie auch nach der Einführung der Einheitspolizei, auf rund 480'000 CHF jährlich. Der Gemeinderat hebt an dieser Stelle auch die gute Zusammenarbeit mit den Behörden hervor.

Auf der anderen Seite beklagt der Gemeinderat, wie viele andere Gemeinden auch, fehlende Flexibilität im Einsatzspektrum, fehlendes Mitbestimmungsrecht und auch fehlende Personalressourcen an der Front. Den Leistungsvertrag deshalb kündigen und neu verhandeln (wie Biel und Lyss) will der Gemeinderat hingegen nicht. Bis die Revision des kantonalen Polizeigesetzes in Kraft tritt, werden mehrere Jahre vergehen. Es gilt aus meiner Sicht aber möglichst rasch Verbesserungen herbei zu führen, der heutige Zustand ist für viele Gemeinden nicht zufriedenstellend.

Ich bitte den Gemeinderat aus diesen Gründen wenigstens eine Umstrukturierung zu einer Regionalpolizei zu überprüfen. Zum Beispiel die Stadt Burgdorf und sechs umliegende Gemeinden (Ersigen, Hindelbank, Kirchberg, Lyssach, Oberburg und Rüttiligen-Alchenflüh) haben sich vor wenigen Tagen zusammen geschlossen und spannen bei der öffentlichen Sicherheit zusammen. Sie haben einen neuen Leistungsvertrag mit der Police Bern abgeschlossen. Dank dieser regionalen Lösung können die Gemeinden nun neu Einfluss auf die Arbeit der

Polizei nehmen, insbesondere die vielerorts beklagten Probleme (siehe oben) konnten dadurch gelöst werden.

Ich fände eine ähnliche Lösung für Nidau und auch für die Region interessant und gewinnbringend. Ich danke dem Gemeinderat für eine fundierte Abklärung dieser Idee."

Antwort des Gemeinderates

1. Formelles

Jedes Mitglied des Stadtrates kann mit einem Postulat das Begehren stellen, dass der Gemeinderat ein bestimmtes Geschäft aus dem Zuständigkeitsbereich der Stimmberechtigten oder des Stadtrates prüft und dem Stadtrat über das Ergebnis der Prüfung Bericht erstattet (Art. 50 der Stadtordnung).

Der Gemeinderat hat die Sicherheitssituation in der jüngsten Vergangenheit bereits hinlänglich geprüft. Er legt nachfolgend seine Überlegungen dar, weshalb bis auf weiteres am heutigen System festzuhalten ist und eine Regionalisierung nach den Vorstellungen der Postulantin für Nidau nicht gewinnbringend wäre.

Der Gemeinderat beantragt den Vorstoss abzulehnen.

2. Basis der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei

Anlässlich der Volksabstimmung vom 11. März 2007 hat das Berner Stimmvolk der Revision des Polizeigesetzes des Kantons Bern und damit der Bildung einer Einheitspolizei im Kanton Bern zugestimmt. Sämtliche kommunalen Polizeikorps wurden damit ab dem 1. Januar 2008, gestaffelt bis ins Jahr 2010, in die Kantonspolizei integriert. Die Polizei Nidau wurde zusammen mit der Stadtpolizei Biel auf den 1.1.2009 in die Kantonspolizei Bern integriert. Der Stadtrat hat im September 2008 den Ressourcenvertrag über zwei Stellen mit dem Kanton und die sich daraus ergebenden finanziellen Folgen genehmigt. Zudem hat er den Stellenplan der Stadtverwaltung den neuen Gegebenheiten angepasst.

Den Gemeinden stehen seither drei Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei offen:

- Abschluss eines **Ressourcenvertrags**. Im Kanton Bern haben folgende Gemeinden einen Ressourcenvertrag mit Police Bern abgeschlossen: Bern, Biel, Burgdorf, Interlaken, Köniz, La Neuveville, Langenthal, Lyss, Moutier, Münchenbuchsee, Nidau, Ostermundigen, Saanen, Spiez, Thun und Zollikofen. Mit dem Ressourcenvertrag werden polizeiliche Ressourcen für die Aufgabenerfüllung beim Kanton eingekauft. Der Stadt Nidau stehen sämtliche Steuerungsmöglichkeiten zur Verfügung. Eine Regionalisierung würde diesbezüglich keine Verbesserung bringen.
- Die restlichen Gemeinden haben sich für einen **Leistungsvertrag** entschieden oder begnügen sich mit der **polizeilichen Grundversorgung** im vertragslosen Zustand (rund 80 Prozent). Beim Leistungsvertrag kaufen kleinere und mittlere Gemeinden

Patrouillen- und Einsatzstunden bei der Kantonspolizei ein und bezahlen dafür pro Stunde und Personaleinheit. Dabei sind die Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinden sehr beschränkt. Sofern eine Gemeinde gar keinen Vertrag einget, verrechnet die Kantonspolizei ihre Leistung nach Aufwand. Einflussmöglichkeiten vonseiten der Gemeinde sind hier nicht vorgesehen.

Der „Schwachpunkt“ des Ressourcenvertrags besteht in der Frage, ob die eingekauften polizeilichen Leistungen auch im vertraglich vereinbarten Ausmass erbracht werden. Oder anders formuliert: Stimmt die Quantität? Hat es beispielsweise genügend Fusspatrouillen? Diese Zweifel hat der Nidauer Gemeinderat bereits im Jahr 2006 im Rahmen der Vernehmlassung zum neuen Polizeigesetz geäussert. Er hegte bereits damals Zweifel darüber, ob das gewählte und heute praktizierte System als Ganzes richtig sei. Er begrüsst wohl die Einführung der Einheitspolizei grundsätzlich, lehnte jedoch die konkrete Vorlage wegen der geplanten Aufteilung von Aufgaben und Mitteln ab.

Der Gemeinderat hat in seiner damaligen Einschätzung recht behalten. Der Weg bis zur heute sehr guten und pragmatischen Zusammenarbeit war steinig und nur dank viel gutem Willen seitens der Verantwortlichen des Postens Nidau möglich. Der gegenseitige Lernprozess ist noch nicht abgeschlossen und viele Verbesserungen müssen in das neue Polizeigesetz einfließen. Es ist sicherzustellen, dass das System auch personenunabhängig gut funktioniert.

Aus Sicht des Gemeinderats besteht heute kein dringender Handlungsbedarf. Bevor weitere Schritte unternommen werden, möchte der Gemeinderat die Beratungen zum bereits erwähnten neuen Polizeigesetz abwarten. Er vertraut dabei insbesondere auch auf die politischen Kräfte der kommunalen Interessenvertretungen im Grossen Rat.

3. Sicherheitsempfinden

Der Gemeinderat stellt fest - und dies wird auch durch wissenschaftlich begleitete Studien des Bundes und des Kantons bestätigt - dass das subjektive Sicherheitsgefühl in Nidau gut ist. Die Entwicklungen im polizeilichen Sicherheitsbereich werden im zuständigen Ressort minutiös beobachtet und im Gemeinderat regelmässig thematisiert.

Der Gemeinderat versichert, dass er in seinen Erwägungen immer alle Faktoren einbezieht. Er kann befriedigt feststellen, dass die Aufgaben im Zusammenwirken aller Sicherheitskräfte (Kantonspolizei, Verwaltungspolizei der Stadt Nidau, Private) zuverlässig und kooperativ erledigt werden.

4. Regionalpolizei

Die Stadt Burgdorf hat seit 2010 einen Ressourcenvertrag über 5 Stellen abgeschlossen. Für einzelne der umliegenden Gemeinden ist eine selbstständige Lösung mit dem Einkauf der mindestens zwei Ressourcenstellen aufgrund der Bevölkerungszahlen kein Lösungsweg – es drängte sich eine Zusammenarbeit auf. Es war also ein Anliegen der umliegenden Gemeinden von den Möglichkeiten eines Ressourcenvertrags zu profitieren. Nidau hat heute bereits einen Ressourcenvertrag. Ein Zusammenschluss mit umliegenden Gemeinden - dabei wäre wohl primär an Gemeinden im Umland zu denken - würde für Nidau nichts ändern. Die Zusam-

menarbeit mit den Sicherheitskräften der Stadt Biel funktioniert nach wie vor ausgezeichnet. Ein Zusammenschluss drängt sich nicht auf.

5. Berichtigung

Irritierend ist für den Gemeinderat die plakative Darstellung der Postulantin in der Begründung (Absatz 1), dass „das neue System (entgegen allen früheren Behauptungen) nicht kostengünstiger“ sei. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. In seinem Vortrag vom 19.8.2008 hat der Gemeinderat dem Stadtrat dargelegt (Zitat): „Somit kostet Nidau der Übertrag des Vollzugs der polizeilichen Aufgaben an die Kantonspolizei jährlich netto rund CHF 25'000.00 mehr als heute.“ Auch später wurde nie behauptet, dass das neue System kostengünstiger sei. Die zuständigen Nidauer Exponenten verlangten dem neuen System „höhere polizeiliche Qualität“ zu ungefähr den gleichen Kosten ab.

6. Fazit

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Einführung einer Regionalpolizei nicht sinnvoll ist. Im Sinne obiger Darlegungen beantragt der Gemeinderat das Postulat abzulehnen.

Beschluss

Ablehnung des Postulats.

2560 Nidau, 21. April 2015 sto

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Die Stadtpräsidentin Der Stadtschreiber

Sandra Hess

Stephan Ochsenbein